

# Berliner Tageblatt

Nr. 571

und Handels-Zeitung

Montag, 3. Dezember 1928

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Auch die Gewerkschaften stimmen der Vermittlungsaktion Severings zu.

## Eisenkonflikt beendet.

Severing ins Ruhrgebiet abgereist. — Sofortige Aufnahme der Arbeit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

KÖLN, 3. Dezember.

Die grosse Delegiertenkonferenz der drei Metallarbeiterverbände, an der über 150 Delegierte teilnahmen, hat sich gestern abend nach viestündigen Beratungen mit starker Mehrheit vorbehaltlos mit der Vermittlungsaktion der Reichsregierung und der Bestellung des Reichsministers Severing als Schlichter einverstanden erklärt. Das Reichskabinett wurde von diesem Schritt umgehend benachrichtigt. Damit ist der Arbeitsfriede praktisch gesichert, da es gegen den neuen Schiedsspruch keine Be-

rufung gibt. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt unverzüglich, und bereits heute morgen sind die ersten Schichten wieder zur Arbeit angetreten.

Minister Severing wird sich noch heute in das Ruhrgebiet begeben, um in eingehenden Besprechungen mit beiden Parteien die näheren Bestimmungen des neuen Schiedsspruchs festzulegen. Die Besprechungen werden noch eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen, doch rechnet man bestimmt mit einem glatten Verlauf, da man im wesentlichen den Grundlinien des Bergemanschen Kompromissvorschlages folgen wird, über dessen materiellen Inhalt sich beide Parteien bereits in einem früheren Stadium der Verhandlungen geeinigt hatten.

Minister Severing, der noch gestern abend offiziell vom Reichskanzler mit dem Amt des Vermittlers beauftragt wurde, hat Berlin heute mittag verlassen, um ins Ruhrgebiet zu reisen und sich an Ort und Stelle über die Lage zu unterrichten. Vor seiner Abreise nahm Severing in den heutigen Vormittagsstunden noch an einer Sitzung des Reichskabinetts teil, in der die Lage im Ruhrgebiet besprochen wurde, die sich nach der Annahme der Vermittleraktion Severings durch die Gewerkschaften ergibt. Severing hat die Absicht, seinen Schiedsspruch möglichst schnell und auf möglichst lange Zeit, wenn irgend möglich auf ein Jahr, zu fällen. Ob er seine Entscheidung vor Ende der Woche treffen wird, ist zweifelhaft.

Unabhängig von der Aktion Severings wird das formale Revisionsverfahren vor dem Reichsarbeitsgericht durchgeführt, um über die aufgeworfenen Fragen Klarheit zu schaffen, die eines Tages wieder auftauchen können.

Nachdem der Arbeitskampf nunmehr beendet ist, wäre der Weg an sich für

Koalitionsverhandlungen

frei. Man darf indes nicht übersehen, dass gerade die Stellungnahme der Metallarbeiter die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion möglicherweise beeinflussen wird. Bei führenden Persönlichkeiten der Metallarbeiterschaft, die der sozialdemokratischen Fraktion angehören, besteht Missstimmung darüber, dass der Reichskanzler, wie er ohne Befragung der Fraktion bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer einen Standpunkt einnahm, der von dem der Fraktion abwich, jetzt im Ruhrkonflikt eine Vermittlungsaktion einleitete, mit der die Metallarbeiter an sich nicht einverstanden waren, und der sie schliesslich nur zustimmten, weil Severing als Vermittler berufen wurde. Die Gegensätze werden

in der sozialdemokratischen Fraktionssitzung

die für heute nachmittag anberaumt ist, voraussichtlich hervortreten.

Immerhin ist kaum anzunehmen, dass die Verhandlungen über die Koalition vor Beginn des Zentrumsparteitag, der am 8. und 9. Dezember in Köln stattfindet, aufgenommen werden. Diese Verhandlungen interessieren vor allem auch deshalb, wer in Zukunft Parteivorsitzender im Zentrum werden soll. Als Kandidaten werden zurzeit vor allem genannt: die Abgeordneten Stegerwald, Ulitzka und Joos. In parlamentarischen Kreisen werden die Aussichten des Abgeordneten Stegerwald etwas günstiger beurteilt als die der anderen Kandidaten.

## Die Bochumer Verhandlungen.

Die Entschliessung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. — Eisenkonflikt und Reparationsfrage. Ein Gefühl der Erleichterung im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Telegramm unseres Korrespondenten

Dr. Alfred Krüger.

KÖLN, 3. Dezember.

Die Gewerkschaften haben mit ihrem Einlenken ein erfreuliches Mass von Einsicht bewiesen und damit Deutschland nicht nur vor einer Wirtschaftskatastrophe von nicht zu überbietender Dimension, sondern auch vor einer politischen Krise ersterer Art bewahrt. Der gestrige Beschluss ist allerdings, wie der Verlauf der Verhandlungen gezeigt hat, nur mit innerem Widerstreben unter dem Druck der Verhältnisse erfolgt. Eine erhebliche Opposition leistete bis zuletzt hartnäckigen Widerstand, so dass der Ausgang der Verhandlungen noch kurz vor der entscheidenden Abstimmung ziemlich zweifelhaft war. Dieser Widerstand ist begreiflich, da sich die Gewerkschaften nach dem Urteil des Duisburger Landesarbeitsgerichts zweifellos in einer günstigeren Lage als die Gegenseite befanden. Die Opposition machte geltend, dass durch die vorbehaltlose Unterwerfung unter den Severingschen Schiedsspruch ein gefährlicher Kompetenzfall geschaffen werde und das Schlichtungswesen einen schweren Stoss erhalten würde. Durch die neue Vereinbarung werde der für verbindlich erklärte Schiedsspruch ausser Kraft gesetzt und der prinzipielle Rechtsstandpunkt, die Kernfrage des ganzen Problems, freigegeben. Bei den Christlichen Gewerkschaften und bei dem Hirsch-Duncker-Gewerkverein waren die Gegensätze nicht so stark; man stimmte der Vermittlungsaktion der Reichsregierung nach kurzer Beratung zu.

Am Sonntag vormittag trat zunächst der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammen, der nach eingehender Beratung folgende Entschliessung annahm: „Die Aussperrung, von den Unternehmern unter Verletzung des geltenden Rechts vorgenommen, ist ein Kampf gegen die Schlichtungsordnung und ihre Anwendung durch die Regierung, ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinflussung der Wirtschaft. Daraus ergibt sich für die Reichsregierung die Pflicht, dem Recht und dem Gesetz auch gegen die Unternehmer Geltung zu verschaffen zur künftigen Sicherung des ganzen Rechtslebens. Nicht nur um die im Schiedsspruch ausgesprochene Lohnerhöhung hat der Deutsche Metallarbeiterverband den aufgezwungenen Kampf geführt, sondern zugleich um die Erhaltung dieses öffentlichen Rechts. Um so mehr musste seine Aufgabe von der Reichsregierung anerkannt und unterstützt werden. Die von der Regierung jetzt unternommene Vermittlungsaktion kann als eine Unterstützung des Rechts nicht anerkannt werden. Für die sich notwendigerweise ergebenden Folgen für das ganze Rechtsleben lehnt der Deutsche Metallarbeiterverband die Verantwortung ab. Weil der Deutsche Metallarbeiterverband dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsminister Severing, mit dem grössten Vertrauen gegenübersteht, sieht er sich ausserstande, die Vermittlungsaktion abzulehnen. In dieser Zwangslage wird aber der Erwartung Ausdruck gegeben, dass der materielle Inhalt des verbindlich erklärten Schiedsspruchs erhalten bleibt.“

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichstagsabgeordneter Brandes, nahm in einem mehrstündigen Referat zu der durch die Vermittlungsaktion der Reichsregierung geschaffenen Lage Stellung. Er wies darauf hin, dass die Entschliessung des Reichskabinetts in Gewerkschaftskreisen Überraschung und Befremden hervorgerufen habe, da die sozialistischen Minister sich mit den Gewerkschaften nicht vorher ins Benehmen gesetzt hätten. Zu dem Schritt des Reichskanzlers seien drei Gesichtspunkte massgebend gewesen. Es hätten zwei entgegengesetzte Urteile zweier Gerichtsinstanzen vorgelegen, und es sei nicht sicher, ob die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zugunsten der Arbeitnehmer ausfallen würde. Eine Fortführung der Unterstützungsaktion bei längerer Dauer der Aussperrung sei zweifelhaft, da man nicht sicher sei, ob sich dafür eine Mehrheit im Reichstag ergeben würde. Die Unternehmer hätten erklärt, falls die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zugunsten der Arbeitnehmer ausfallen würde, die Betriebe nicht wieder zu öffnen. Zweifelhaft sei es, ob man für die zwangsweise Wiedereröffnung der Betriebe auf legalen

## Der kranke König Georg.

Beunruhigendes Abnehmen der Herzstätigkeit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

LONDON, 3. Dezember.

Die Krankheit des Königs scheint der entscheidenden Krise zuzutreiben. Im Laufe der letzten 24 Stunden nahmen die Aerzte vier Untersuchungen vor, und drei Bulletins wurden veröffentlicht, die keinen Zweifel mehr aufkommen lassen, dass jetzt der Kampf um Leben und Tod eingesetzt hat.

Das gestern abend gegen 8 Uhr veröffentlichte Bulletin lautete sehr ernst. Der König habe während des Tages Schlaf gehabt, die Entzündung sei weiter zurückgegangen, auch die Temperatur betrage nur 100 Grad Fahrenheit, doch sei gleichzeitig ein Abnehmen der Herzstätigkeit bemerkbar, was zur Beunruhigung Anlass gebe. Etwa zwei Stunden nach Herausgabe des Abendbulletins erschienen dann die Leibärzte des Königs, Lord Dawson of Penn und Stanley Hewett, erneut im Buckingham-Palast. In ihrer Begleitung befanden sich zwei andere Aerzte, darunter Dr. Lionel Whitby vom Pathologischen Institut des Middlesex-Hospitals, der bereits vor zehn Tagen eine bakteriologische Untersuchung vorgenommen hatte. Ausserdem war Professor Sir Edward Farquhar Buzzard von der Universität Oxford zugegen. Das kurz nach zwölf Uhr nachts veröffentlichte neue Bulletin berichtete zunächst, dass der König etwa drei Stunden geschlafen habe, und dass die neue Untersuchung den Befund des letzten Bulletins bestätige. Trotz des Zurückgehens der Lungenentzündung müsse man über das Nachlassen der Herzstätigkeit stark beunruhigt sein.

Bezeichnend für den Ernst der Lage ist, dass die beiden Leibärzte noch bis ¼ 4 Uhr morgens in der Nähe des Königs verblieben. Die Morgenpresse ist daher ziemlich erregt und beschäftigt sich fast ausschliesslich mit der Erkrankung des Königs. Der Prinz von Wales hat gestern vormittag mit dem Kreuzer „Enterprise“ Dar-essalam verlassen. Der Kreuzer „Frobisher“ ist gestern aus Malta ausgelaufen, um sich nach Alexandria zu begeben, wo er die Ankunft des Prinzen von Wales erwarten wird. Der Prinz will in Suez den Kreuzer „Enterprise“ verlassen und sich von dort im Extrazug nach Alexandria begeben. Ausserdem wird ein Flugboot bereitgehalten, falls der Prinz wünschen sollte, von Brindisi oder Neapel nach London zu fliegen.

Das heute vormittag veröffentlichte Bulletin ist wieder etwas beruhigender. Es berichtet, dass der König, dem man während der Nacht Sauerstoff einführen musste, drei Stunden geschlafen hat. Seine Temperatur beträgt 99,8 Grad. Ausserdem lässt sich eine leichte Besserung im Allgemeinbefinden feststellen. Der kurze, nach Mitternacht erschienene erste Bericht wurde sofort einer Reihe von Kabinettsmitgliedern mitgeteilt; ebenso wurden die Mitglieder der königlichen Familie die Nacht über fortlaufend über das Befinden des Königs unterrichtet. Auch der Herzog von York, der ursprünglich seine Reise in den ostafrikanischen Kolonien beenden wollte, hat nun beschlossen, sich auf dem schnellsten Wege nach Kapstadt und von dort nach London zu begeben.